

Dipl.-Ökonom Christian Meißner, Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller,
Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow

Entwicklung des öffentlichen Finanzierungssaldos im ersten Halbjahr 2011

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik betrug das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts – in Abgrenzung der Finanzstatistik – im ersten Halbjahr 2011 insgesamt 15,7 Milliarden Euro. Es war damit um 44,3 Milliarden Euro geringer als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Maßgeblich hierfür waren im Berichtszeitraum um 10,9% auf 561,5 Milliarden Euro gestiegene öffentliche Einnahmen. Der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben war mit + 2,0% auf 577,2 Milliarden Euro deutlich geringer.

Der vorliegende Bericht analysiert und kommentiert die für die Entwicklung des öffentlichen Finanzierungssaldos im ersten Halbjahr 2011 maßgeblichen Einflussfaktoren differenziert nach den Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts jeweils im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010. Der Analyse vorangestellt werden einige grundlegende methodische Anmerkungen insbesondere zu dem ab dem Berichtsjahr 2011 erweiterten Berichtskreis der vierteljährlichen Kassenstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts.

Zur Methodik und Qualität der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts umfassen die Kern- und Extrahaushalte gemäß dem sogenannten Schalenkonzept¹. Ab dem Berichtsjahr 2011 umfasst die vierteljährliche Kassenstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts folgende

Erhebungseinheiten: die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) und der Sozialversicherung (Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit) sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile). Erstmals sind in die vierteljährlichen Kassenergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände auch die Finanzen der etwa 1 930 kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors (kommunale Extrahaushalte) mit einbezogen. Die Tätigkeitsschwerpunkte dieser Institutionen liegen in den Bereichen Bildung, Kunst, Erholung und Verwaltung. Maßgeblich für die Zuordnung dieser Einrichtungen ist die überwiegende Finanzierung in Form von Zuweisungen und Zuschüssen durch die Trägergemeinden. Als Beispiel kann hier das als Eigenbetrieb geführte subventionierte Freibad einer Kommune genannt werden. Vierteljährlich nicht berichtspflichtig sind demgegenüber die zum Sektor Staat, und damit zu den Extrahaushalten, zählenden kommunalen Zweckverbände. Vierteljährlich ebenfalls nicht berichtspflichtig sind bei der Sozialversicherung die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, deren Vierteljahresdaten geschätzt werden.

Ein Schwerpunkt der Statistik der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts ist die Erfassung der Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen der Kern- und Extrahaushalte für das jeweils abgelaufene Quartal in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten und die Berechnung des daraus resultierenden Finanzierungssaldos. Die Zahlungen zwischen den einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts werden bei der Zusammenfassung zu einer Darstellungsebene finanzstatistisch bereinigt (Konsolidierung). Der Finanzierungssaldo wird berechnet, indem die bereinigten Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben

¹ Siehe hierzu Rückner, C.: „Integration in den Finanz- und Personalstatistiken“ in WiSta 11/2011, Seite 1104 ff.

saldiert und die haushaltstechnischen Verrechnungen² zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden. Bei dem auf diese Weise ermittelten Finanzierungssaldo handelt es sich um den Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik. Dieser weicht aufgrund methodischer Unterschiede von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Finanzierungssaldo des Staates³ ab.

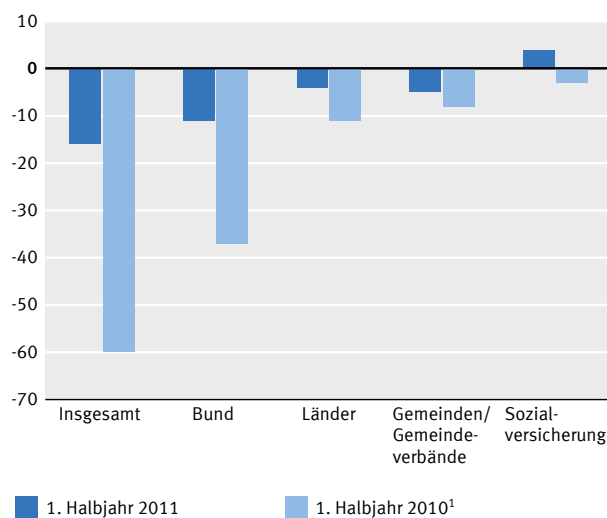
Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen generell sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahres. Am aktuellen Rand finden jedoch – um Entwicklungen beobachten zu können – regelmäßig Vergleiche mit den Vierteljahresdaten des jeweiligen Vorjahresberichtszeitraums statt. Diese werden soweit möglich – methodisch und hinsichtlich des Berichtskreises – an den aktuellen Stand angepasst. So waren vom ersten Vierteljahr 2007 bis zum vierten Vierteljahr 2010 bereits bedeutende ausgewählte Extrahaushalte des Bundes, der Länder und der Sozialversicherung in den Berichtskreis der Statistik der vierteljährlichen Kassenergebnisse einbezogen. Ab dem Berichtsjahr 2011 wurde der Berichtskreis um die Extrahaushalte aller Ebenen in Abgrenzung des sogenannten Schalenkonzepts⁴ erweitert. Hierzu zählen erstmals die bereits erwähnten kommunalen Extrahaushalte. Die Daten für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurden weitgehend angepasst. Bereits veröffentlichte Ergebnisse für das erste Halbjahr 2010 werden damit revidiert.

Bei den Ergebnissen für die Gemeinden/Gv. ist zu berücksichtigen, dass durch die sukzessive Einführung der doppelten Buchführung bei den kommunalen Kernhaushalten in mehreren Ländern die Qualität der kommunalen vierteljährlichen Kassenergebnisse, insbesondere für das Einzelquartal, beeinflusst wird. Die kumulierten Ergebnisse der Einnahmen und Ausgaben stellen dennoch ein aussagefähiges Bild der kommunalen Finanzsituation dar.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Wie Schaubild 1 verdeutlicht, verringerte sich das öffentliche Finanzierungsdefizit von 60,0 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2010 auf 15,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2011, also um insgesamt 44,3 Milliarden Euro. Der Finanzierungssaldo verbesserte sich auf allen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts: Unter den Gebietskörperschaften verringerte sich das Finanzierungsdefizit am stärksten beim Bund, nämlich um 26,4 Milliarden Euro auf 10,9 Milliarden Euro. Bei den Ländern reduzierte sich das Finanzierungsdefizit gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 7,3 Milliarden Euro auf 4,0 Milliarden Euro und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden um 3,5 Milliarden Euro auf 4,8 Mil-

Schaubild 1 Finanzierungssalden der Körperschaften des öffentlichen Gesamthaushalts
Mrd. EUR



1 Revidiertes Ergebnis.

2010 - 01 - 0746

liarden Euro. Die Sozialversicherung erzielte im ersten Halbjahr 2011 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 4,0 Milliarden Euro – im ersten Halbjahr 2010 hatte sie noch ein Finanzierungsdefizit von 3,0 Milliarden Euro aufgewiesen. Der Finanzierungssaldo der Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile) war definitionsgemäß ausgeglichen.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung bei den Finanzierungssalden des öffentlichen Gesamthaushalts waren die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 um 10,9% auf 561,5 Milliarden Euro gestiegenen Einnahmen, während die Ausgaben lediglich um 2,0% auf 577,2 Milliarden Euro zunahmen.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Veränderung der Ausgaben, Einnahmen und des Finanzierungssaldos bei den Teilebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem ersten Halbjahr 2010. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im ersten Halbjahr 2011 stand unter dem günstigen Einfluss verbesserter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen: Im Vergleich zum Vorjahr hat die Wirtschaftsleistung in den beiden ersten Vierteljahren 2011 deutlich zugelegt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Vierteljahr um 5,0% und im zweiten Vierteljahr 2011 um 3,0% gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Die Wirtschaftsleistung wurde nach ersten vorläufigen Berechnungen in beiden Quartalen von 41,0 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 1,4% mehr als ein Jahr zuvor. Die Erwerbslosenquote, die in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres noch auf 6,5% angestiegen war, ging im zweiten Vierteljahr 2011 auf 5,7% zurück. Bei den öffentlichen Finanzen schlug sich die positive wirtschaftliche Entwicklung in höheren Einnahmen nieder, während die Ausgaben nur moderat wuchsen.

Tabelle 2 zeigt, dass der kräftige Zuwachs bei den öffentlichen Einnahmen maßgeblich auf die um 7,0% auf 473,3 Milliarden Euro gestiegenen Einnahmen aus Steuern und

² Bei den haushaltstechnischen Verrechnungen handelt es sich unter anderem um Verrechnungen zwischen Kapiteln beziehungsweise innere Verrechnungen oder auch um durchlaufende Posten, die für andere vereinnahmt und in gleicher Höhe weitergeleitet werden.

³ Der Finanzierungssaldo des Staates wird auf der Grundlage von Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 berechnet und ist für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich.

⁴ Siehe Rückner, C. (Fußnote 1), hier: Seite 1106 ff.

Tabelle 1 Eckwerte des öffentlichen Gesamthaushalts
Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben			Bereinigte Einnahmen			Finanzierungssaldo		
	1. Hj 2011	1. Hj 2010 ¹	Veränderung	1. Hj 2011	1. Hj 2010 ¹	Veränderung	1. Hj 2011	1. Hj 2010 ¹	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		
Insgesamt	577 168	565 861	+ 2,0	561 471	506 364	+ 10,9	- 15 723	- 59 973	+ 44 250
Bund	180 595	178 841	+ 1,0	169 653	141 474	+ 19,9	- 10 905	- 37 340	+ 26 435
EU-Anteile	12 784	11 767	+ 8,6	12 784	11 767	+ 8,6	0	0	0
Länder	156 229	148 699	+ 5,1	152 203	137 413	+ 10,8	- 4 006	- 11 302	+ 7 296
Gemeinden/Gemeindeverbände ..	91 094	88 662	+ 2,7	86 260	80 343	+ 7,4	- 4 835	- 8 319	+ 3 484
Sozialversicherung	253 469	255 093	- 0,6	257 575	252 569	+ 2,0	+ 4 023	- 3 011	+ 7 034

1 Revidiertes Ergebnis.

steuerähnlichen Abgaben zurückzuführen war. Beim Bund lagen die Steuereinnahmen um 9,3 %, bei den Ländern um 8,6 % und bei den Gemeinden sogar um 12,8 % höher als im ersten Halbjahr 2010. Etwas geringer fiel mit + 3,8 % der Zuwachs bei den zu den steuerähnlichen Abgaben zählenden Beitragseinnahmen der Sozialversicherung aus.

Tabelle 2 Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts
Kern- und Extrahaushalte

	1. Hj 2011	Veränderung ¹
	Mill. EUR	%
Bereinigte Ausgaben	577 168	+ 2,0
darunter:		
Personalausgaben	113 629	+ 2,4
Laufender Sachaufwand	143 877	+ 2,6
Zinsausgaben	39 410	+ 11,8
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²	160 747	+ 1,9
Soziale und ähnliche Leistungen	187 553	- 2,4
Sachinvestitionen	16 301	+ 1,7
Baumaßnahmen	12 470	+ 5,2
Erwerb von Sachvermögen	3 831	- 8,2
Darlehensgewährungen	7 315	+ 46,2
Erwerb von Beteiligungen ³	6 497	- 4,4
Bereinigte Einnahmen	561 471	+ 10,9
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben	473 260	+ 7,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12 595	+ 6,2
Zinseinnahmen	11 004	+ 260,1
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²	151 488	- 0,1
Gebühren und ähnliche Entgelte	22 416	+ 5,5
Veräußerung von Vermögen	18 891	+ 110,5
Veräußerung von Sachvermögen	2 550	- 61,1
Veräußerung von Beteiligungen ³	16 341	+ 575,5

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

3 Ohne kaufmännisch buchende Extrahaushalte.

Zu dem mäßigen Anstieg der öffentlichen Ausgaben im Berichtszeitraum trugen wesentlich die rückläufigen Ausgaben für soziale Leistungen (- 2,4 %) bei. Die Ausgaben für das Personal stiegen im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 2,4 %. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich um 2,6 % und für Sachinvestitionen wurden 1,7 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum ausgegeben.

Bund

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im ersten Halbjahr 2011 auf 180,6 Milliarden Euro (siehe Tabelle 3). Verglichen mit den Ausgaben im ersten Halbjahr 2010 entspricht dies einem mäßigen Zuwachs um 1,0 %.

Während sich im Rückgang der Zinsausgaben im Kernhaushalt des Bundes um 17,9 % auf 15,9 Milliarden Euro die derzeit günstigen Zinskonditionen auf dem Kreditmarkt widerspiegeln, erhöhten sich die Zinsausgaben des Bundes insgesamt um 21,5 % auf 24,4 Milliarden Euro. Grund hierfür war die Gründung der Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement als Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung zu Beginn der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres, welche statistisch als Extrahaushalt des Bundes nachgewiesen wird. Zum Zweck der Stabilisierung der Hypo Real Estate Holding AG sowie des Finanzmarktes übernahm die Abwicklungsanstalt zum 1. Oktober 2010 deren Risikopositionen und nicht strategienotwendigen Geschäftsbereiche. Den für die hierfür aufgenommenen Kredite zu leistenden Zinsausgaben in Höhe von 7,8 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2011 standen im Vorjahr noch keine entsprechenden Ausgaben gegenüber.

Aufgrund der guten Konjunkturlage entwickelten sich insbesondere die Ausgaben für soziale und ähnliche Leistungen im ersten Halbjahr 2011 rückläufig. Sie sanken um 9,1 % auf 14,0 Milliarden Euro. Die darin enthaltenen Ausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (Arbeitslosengeld II) reduzierten sich um 12,1 % auf 10,1 Milliarden Euro.

Aufgrund der ursprünglichen Befristung bis zum 31. Dezember 2010 wurden vom Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) keine neuen Leistungen mehr an Kreditinstitute vergeben.⁵ Im Vorjahresvergleich sanken somit die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen des im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gegründeten Extrahaushalts des Bundes um 20,3 % auf 3,0 Milliarden Euro. Dies trug zu einem Rückgang der Ausgaben des Bundes für den Erwerb von Beteiligungen bei.

⁵ Mit dem durch das Bundeskabinett im Dezember 2011 verabschiedeten Entwurf zum Zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist eine Verlängerung der Befristung dieser Befugnis bis zum 31. Dezember 2012 vorgesehen.

Tabelle 3 Ausgaben und Einnahmen des Bundes und der Länder
Kern- und Extrahaushalte

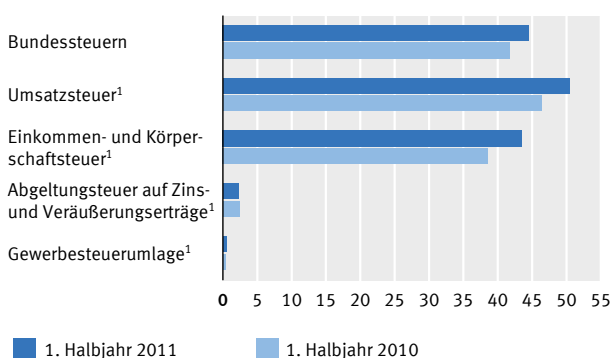
	Bund		Länder	
	1. Hj 2011	Veränderung ¹	1. Hj 2011	Veränderung ¹
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Bereinigte Ausgaben	180 595	+ 1,0	156 229	+ 5,1
darunter:				
Personalausgaben	21 638	+ 0,4	60 144	+ 3,1
Laufender Sachaufwand	10 058	+ 1,2	17 002	+ 4,1
Zinsausgaben	24 437	+ 21,5	12 741	- 1,9
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²	90 951	- 0,7	42 011	+ 10,0
Soziale und ähnliche Leistungen	13 989	- 9,1	5 058	- 0,1
Sachinvestitionen	2 852	+ 3,9	3 643	+ 1,4
Baumaßnahmen	2 371	+ 8,9	2 512	+ 9,0
Erwerb von Sachvermögen	481	- 15,2	1 131	- 12,3
Darlehensgewährungen	911	- 21,4	5 720	+ 61,8
Erwerb von Beteiligungen ³	3 604	- 18,3	2 005	+ 28,0
Bereinigte Einnahmen	169 653	+ 19,9	152 203	+ 10,8
darunter:				
Steuern und steuerähnliche Abgaben	130 369	+ 9,3	101 678	+ 8,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 749	- 1,9	3 176	+ 17,6
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²	8 697	+ 2,0	33 000	+ 5,0
Gebühren und ähnliche Entgelte	4 701	+ 5,1	6 434	+ 8,1
Veräußerung von Vermögen	15 635	+ 152,2	1 153	+112,3
Veräußerung von Sachvermögen	406	- 91,7	344	+ 94,4
Veräußerung von Beteiligungen ³	15 229	+ 1 045,0	810	+ 121,3

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.
2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.
3 Ohne kaufmännisch buchende Extrahaushalte.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen mit 169,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2011 deutlich den entsprechenden Vorjahreswert (+ 19,9%). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der Einnahmen aus Steuern (einschließlich EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben in der ersten Jahreshälfte 2011 zurückzuführen, die gegenüber dem Aufkommen im ersten Halbjahr des Vorjahres um 9,3% zunahm und mit 130,4 Milliarden Euro etwa drei Viertel der Gesamteinnahmen des Bundes im ersten Halbjahr 2011 ausmachten. Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer stiegen um 12,8% auf 43,5 Milliarden Euro (siehe Schaubild 2) – darunter die Einnahmen aus der Lohnsteuer vor allem aufgrund der deutlich verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt um 8,8% auf 26,7 Milliarden

Euro. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer verzeichneten einen Anstieg um 8,6% auf 50,4 Milliarden Euro, der vorwiegend auf die hierin enthaltene, um 30,3% auf 13,4 Milliarden Euro gestiegene Einfuhrumsatzsteuer zurückzuführen ist. Die Einnahmen aus reinen Bundessteuern stiegen um 6,9% auf 44,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der zum 1. Januar 2011 eingeführten, zu den Bundessteuern zählenden Luftverkehrsteuer beliefen sich im ersten Halbjahr 2011 auf 0,3 Milliarden Euro. Aus der ebenfalls zu Beginn des Jahres 2011 eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurden in der ersten Jahreshälfte 2011 keine Einnahmen erzielt.

Schaubild 2 Steuereinnahmen des Bundes nach Arten
Mrd. EUR



1 Anteil des Bundes an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage.

Einen deutlichen Zuwachs verzeichneten im ersten Halbjahr 2011 ebenfalls die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen. Maßgebend für den Anstieg bei den hierunter fallenden Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen waren die Rückführungen befristeter Beteiligungen des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung im Rahmen der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors, darunter die Rückführung der stillen Einlage bei der Commerzbank in der ersten Jahreshälfte 2011. Aufgrund außergewöhnlicher Mehreinnahmen im Jahr 2010 durch die Versteigerung von Mobilfunklizenzen sanken hingegen die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen im Vorjahresvergleich besonders deutlich um 91,7% auf 0,4 Milliarden Euro.

Wie in Tabelle 1 dargestellt, wies der Bund als Differenz zwischen (bereinigten) Einnahmen und (bereinigten) Ausgaben im ersten Halbjahr 2011 ein Finanzierungsdefizit (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) in Höhe von 10,9 Milliarden Euro auf. Aufgrund des leichten Zuwachses bei den Ausgaben bei gleichzeitig kräftig gestie-

genen Einnahmen lag das Finanzierungsdefizit des Bundes im ersten Halbjahr 2011 um 26,4 Milliarden Euro unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (37,3 Milliarden Euro). Für den Kernhaushalt des Bundes errechnete sich ein Finanzierungsdefizit von 22,3 Milliarden Euro, das waren 10,6 Milliarden Euro weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Länder

Die Ausgaben der Länder summierten sich im ersten Halbjahr 2011 auf 156,2 Milliarden Euro (siehe Tabelle 3). Gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 entspricht dies einer Steigerung um 5,1 %.

Die laufenden Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich⁶, mit einem Anteil von 27 % an den Gesamtausgaben der Länder, erhöhten sich im ersten Halbjahr 2011 um 10,0 % auf 42,0 Milliarden Euro. Mehr als ein Drittel dieser Zuwendungen entfiel auf allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden/Gemeindeverbände im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Diese beliefen sich in der ersten Jahreshälfte 2011 insbesondere infolge gestiegener Steuereinnahmen der Länder auf 17,0 Milliarden Euro, das waren 3,8 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder untereinander, mit deren Hilfe die sich aus der Steuerverteilung ergebenden Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen werden sollen⁷, stiegen um 24,6 % auf 3,5 Milliarden Euro.

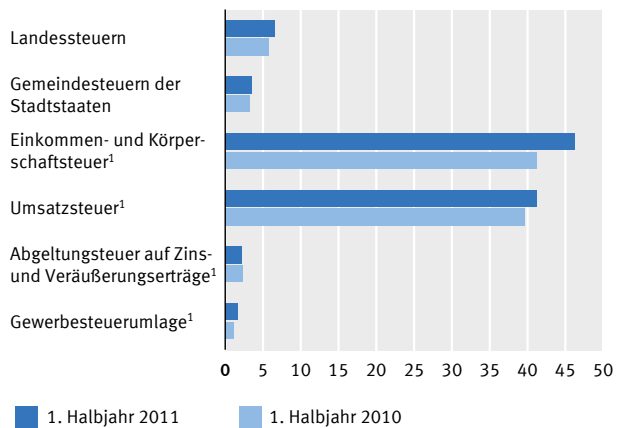
Der kräftige Zuwachs der Ausgaben aus Darlehensgewährungen um 61,8 % auf 5,7 Milliarden Euro war insbesondere auf die Anlage zugewiesener Mittel in Form kurzfristiger Geldanlagen durch das Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ des Landes Nordrhein-Westfalen zurückzuführen.

Die Einnahmen der Länder beliefen sich im ersten Halbjahr 2011 auf 152,2 Milliarden Euro und lagen damit deutlich (um 10,8 %) über dem Wert des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

Ähnlich wie beim Bund war auch hier der Einnahmenanstieg insbesondere das Ergebnis im ersten Halbjahr 2011 kräftig gestiegener Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (+8,6 %), die mit 101,7 Milliarden Euro einen Anteil von etwa zwei Dritteln an den Gesamteinnahmen der Länder haben. Mit Ausnahme der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, bei der die Einnahmen im ersten Halbjahr 2011 um 5,3 % unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2010 lagen, wurden für alle anderen Steuerarten höhere Einnahmen verzeichnet, den größten Zuwachs wiesen die Einnahmen aus Landessteuern mit 15,5 % (auf 6,6 Milliarden Euro) auf (siehe Schaubild 3). Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer stiegen um

12,2 % auf 46,2 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer nahmen um 4,0 % auf 41,2 Milliarden Euro zu, bedingt durch den Anstieg der hierunter fallenden Einfuhrumsatzsteuer um 25,9 % auf 8,5 Milliarden Euro.

Schaubild 3 Steuereinnahmen der Länder nach Arten
Mrd. EUR



¹ Anteil der Länder an den Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage.

2011 - 01 - 0748

Die mit der Anlage der zugewiesenen Mittel durch das Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ des Landes Nordrhein-Westfalen einhergehenden Kapitalrückflüsse sorgten für eine kräftige Erhöhung der Darlehensrückflüsse der Länder im ersten Halbjahr 2011 um 87,5 % auf 5,6 Milliarden Euro.

Wie in Tabelle 1 dargestellt, wiesen die Länder insgesamt im ersten Halbjahr 2011 ein Finanzierungsdefizit (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) in Höhe von 4,0 Milliarden Euro auf, das waren 7,3 Milliarden Euro weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (11,3 Milliarden Euro).

Gemeinden und Gemeindeverbände

Im ersten Halbjahr 2011 hat sich das Finanzierungsdefizit der Gemeinden und Gemeindeverbände gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 3,5 Milliarden Euro auf 4,8 Milliarden Euro reduziert (siehe Tabelle 1). Diese sehr positive Entwicklung ergab sich aus einer um 7,4 % auf 86,3 Milliarden Euro gestiegenen Summe kommunaler Einnahmen bei gleichzeitig nur moderat um 2,7 % auf 91,1 Milliarden Euro gestiegenen Ausgaben (siehe Tabelle 4).

Bis einschließlich des Berichtsjahres 2010 wurden in der vierteljährlichen Kassenstatistik ausschließlich die Kernhaushalte der Gemeinden/Gemeindeverbände nachgewiesen. In dieser Abgrenzung erzielten die kommunalen Haushalte im ersten Halbjahr 2011 Einnahmen von insgesamt 82,6 Milliarden Euro und hatten Ausgaben in Höhe von 86,8 Milliarden Euro. Ab dem ersten Vierteljahr 2011 enthalten die kommunalen Kassenergebnisse erstmals auch die Aus-

⁶ Der Begriff „öffentlicher Bereich“, der im Zusammenhang mit der haushaltssystematischen Bereichsabgrenzung für den Zahlungsverkehr verwendet wird, ist nicht identisch mit dem öffentlichen Bereich im Sinne des Schalenkonzepts.

⁷ Siehe hierzu auch Dietz, O.: „Finanzausgleich Bund – Länder“ in WiSta 5/2000, Seite 351 ff.

Tabelle 4 Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände
Kern- und Extrahaushalte

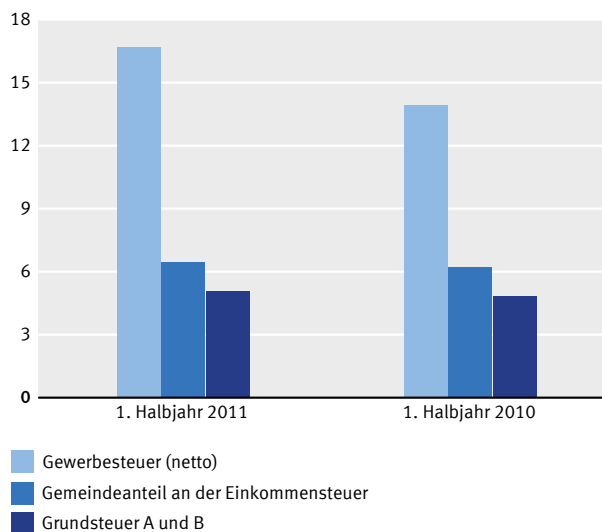
	1. Hj 2011	Veränderung ¹
	Mill. EUR	%
Bereinigte Ausgaben	91 094	+ 2,7
darunter:		
Personalausgaben	23 736	+ 2,6
Laufender Sachaufwand	21 467	+ 4,8
Zinsausgaben	2 156	+ 5,3
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²	22 612	- 0,3
Soziale und ähnliche Leistungen	21 416	+ 1,1
Sachinvestitionen	9 543	+ 2,3
Baumaßnahmen	7 533	+ 3,0
Erwerb von Sachvermögen	2 010	+ 0,2
Darlehensgewährungen	682	+ 122,8
Erwerb von Beteiligungen ³	761	+ 19,0
Bereinigte Einnahmen	86 260	+ 7,4
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben	29 725	+ 12,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 653	+ 8,0
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²	47 480	+ 3,8
Gebühren und ähnliche Entgelte	11 141	+ 4,4
Veräußerung von Vermögen	2 035	- 4,2
Veräußerung von Sachvermögen	1 733	+ 23,8
Veräußerung von Beteiligungen ³	301	- 58,3

1 Veränderungen auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.
2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.
3 Ohne kaufmännisch buchende Extrahaushalte.

gaben und Einnahmen der etwa 1 930 kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors. Die Erweiterung des Berichtskreises führte zu einer Erhöhung der kommunalen Einnahmen um 3,7 Milliarden Euro und der Ausgaben um 4,3 Milliarden Euro.

Ausschlaggebend für die aus kommunaler Sicht erfreuliche Finanzentwicklung waren – außer den um etwa 650 Millionen Euro beziehungsweise 5 % gestiegenen Schlüsselzuweisungen – vor allem die Steuereinnahmen der Gemeinden. Sie erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 12,8 % oder gut 3,3 Milliarden Euro auf 29,7 Milliarden Euro. Am kräftigsten stiegen – vor allem infolge der sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung – die kommunalen Gewerbesteuererinnahmen (netto). Sie nahmen binnen Jahresfrist um rund 20 % auf 16,7 Milliarden Euro zu (siehe Schaubild 4) und erreichten damit wieder das Niveau des ersten Halbjahres 2007. Zur Jahresmitte 2009 und 2010 waren jeweils noch Rückgänge der Gewerbesteuererinnahmen verzeichnet worden. Während der Zuwachs der Einnahmen aus der Gewerbesteuer bei den Kommunen im früheren Bundesgebiet in den ersten sechs Monaten 2011 bei 21,1 % lag, stieg das Aufkommen aus dieser wichtigsten Kommunalsteuer in den neuen Ländern lediglich um 9,6 %. Mit einem Betrag von 6,4 Milliarden Euro war der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die zweitwichtigste Steuerart im kommunalen Bereich. Der Zuwachs betrug hier 3,8 %, was einem Plus von rund 230 Millionen Euro entspricht. Noch etwas stärker nahmen die Grundsteuererinnahmen der Gemeinden zu (+ 4,7 %). Im ersten Halbjahr 2011 erzielten

Schaubild 4 Steuereinnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände nach Arten
Mrd. EUR



2010 - 01 - 0749

die Gemeinden und Gemeindeverbände aus dieser Einnahmequelle 5,1 Milliarden Euro.

Auf der Ausgabenseite fällt – neben den spürbaren Zuwächsen bei den Zinsausgaben (+ 5,3 % auf 2,2 Milliarden Euro) und beim laufenden Sachaufwand (+ 4,8 % auf 21,5 Milliarden Euro) – das vergleichsweise mäßige Wachstum der Ausgaben für soziale Leistungen auf. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Halbjahr 2011 für diese Aufgaben 21,4 Milliarden Euro aus, was einer Steigerung um 1,1 % im Vorjahresvergleich entspricht. Dies war der geringste Anstieg eines Halbjahresergebnisses seit drei Jahren. Allerdings empfiehlt es sich, die sehr heterogenen Leistungen im Sozialbereich differenziert zu betrachten, da die Entwicklung bei den einzelnen Maßnahmen sehr unterschiedlich verlief. So waren die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen in und außerhalb von Einrichtungen mit 10,7 Milliarden Euro um 3,0 % höher als im ersten Halbjahr 2010. Ausschlaggebend hierfür war nach Darstellung der kommunalen Spitzenverbände unter anderem die Entwicklung bei den Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Bei den Jugendhilfemaßnahmen, für die die Kommunen 3,4 Milliarden Euro ausgaben, errechnete sich sogar ein Zuwachs von 7,7 %. Hier standen die Tagesbetreuung nach dem Kinderförderungsgesetz und die Hilfe zur Erziehung im Vordergrund.

Im Gegensatz zu den genannten Maßnahmen waren die Ausgaben für die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende rückläufig (- 5,3 % auf 5,9 Milliarden Euro). Infolge der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt reduzierten sich die Leistungen für Unterkunft und Heizung um 5,2 % auf 5,7 Milliarden Euro, die Ausgaben für Eingliederungsmaßnahmen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) lagen mit 0,1 Milliarden Euro um 1,7 % unter dem Vorjahresbetrag. Dem standen Bundes- und Landesmittel im Zusammenhang mit dem SGB II gegenüber, die um 31,0 % auf 2,9 Milliarden Euro anstiegen.

Sozialversicherung

Sowohl die Entwicklung der Ausgaben als auch die der Einnahmen der Sozialversicherung wurde im ersten Halbjahr 2011 in erheblichem Umfang durch die positive konjunkturelle Entwicklung begünstigt. Wie in Tabelle 5 dargestellt, lagen die Ausgaben im ersten Halbjahr 2011 mit 253,5 Milliarden Euro um 0,6% unter denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Den rückläufigen Ausgaben stand ein Anstieg der Einnahmen um 2,0% auf 257,6 Milliarden Euro gegenüber, sodass die Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2011 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 4,0 Milliarden Euro erzielte. Im ersten Halbjahr 2010 hatte sie noch ein Finanzierungsdefizit von 3,0 Milliarden Euro aufgewiesen.

Die Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit. Eine Übersicht zu den Ausgaben und Einnahmen ausgewählter Zweige der Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2011 sowie deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr gibt Tabelle 5. Im Einzelnen stellen sich diese wie folgt dar:

Tabelle 5 Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung
Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben		Bereinigte Einnahmen	
	1. Hj 2011	Veränderung ¹	1. Hj 2011	Veränderung ¹
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Sozialversicherung insgesamt	253 469	- 0,6	257 575	+ 2,0
darunter:				
Gesetzliche Rentenversicherung	124 109	+ 0,4	124 071	+ 1,8
Gesetzliche Krankenversicherung	89 798	+ 2,3	92 740	+ 4,8
Bundesagentur für Arbeit	17 827	- 20,3	19 061	- 7,8
Soziale Pflegeversicherung	10 852	+ 2,4	10 826	+ 1,8

¹ Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

Gesetzliche Rentenversicherung

Auf die gesetzliche Rentenversicherung entfiel rund die Hälfte der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung. Im ersten Halbjahr 2011 beliefen sich sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung auf 124,1 Milliarden Euro und glichen sich somit aus. Im Vergleich mit den Ausgaben des entsprechenden Vorjahreszeitraums stiegen die Einnahmen um 1,8%, die Ausgaben um 0,4%. Im ersten Halbjahr 2010 hatte die gesetzliche Rentenversicherung noch ein Finanzierungsdefizit von 1,8 Milliarden Euro aufgewiesen.

Gesetzliche Krankenversicherung

Etwa ein Drittel der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung entfiel auf die gesetzliche Krankenversicherung.

Dort summierten sich die Ausgaben im ersten Halbjahr 2011 auf 89,8 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 2,3% über denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Im Wesentlichen war diese Entwicklung dadurch begründet, dass die Ausgaben für die in Anspruch genommenen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung anstiegen. Deutliche Zuwächse waren insbesondere bei den Ausgaben für das Krankengeld (+9,4% auf 4,3 Milliarden Euro) sowie für Heil- und Hilfsmittel (+6,2% auf 5,6 Milliarden Euro) zu verzeichnen. Ebenfalls gestiegen sind die Ausgaben für die Krankenhausbehandlung (+4,2% auf 30,8 Milliarden Euro) sowie für die zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz (+2,4% auf 4,5 Milliarden Euro). Dämpfend auf die Ausgaben wirkte das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes; die Ausgaben für Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen gingen im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 5,8% auf 15,4 Milliarden Euro zurück.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, die überwiegend aus Zuweisungen des Gesundheitsfonds bestehen (im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Beitragseinnahmen), summierten sich im ersten Halbjahr 2011 auf 92,7 Milliarden Euro und lagen somit um 4,8% über denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Für die gesetzliche Krankenversicherung ergab sich im ersten Halbjahr 2011 ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 2,9 Milliarden Euro (1. Halbjahr 2010: 0,3 Milliarden Euro).

Bundesagentur für Arbeit

Mit der sich fortsetzenden guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ging im ersten Halbjahr 2011 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010 ein kräftiger Rückgang der Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit um 20,3% auf 17,8 Milliarden Euro einher. Dabei sind die Ausgaben für das Arbeitslosengeld um 20,0% auf 7,6 Milliarden Euro gesunken und die im Eingliederungstitel veranschlagten Ausgaben für Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung gingen um 21,4% auf 1,2 Milliarden Euro zurück. Die weiteren Ausgaben für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sanken um 28,5% auf 5,1 Milliarden Euro, darunter die Ausgaben für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld um 79,4% auf 0,2 Milliarden Euro.

Ebenfalls rückläufig entwickelten sich im ersten Halbjahr 2011 die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Sie sanken um 7,8% auf 19,1 Milliarden Euro. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass die Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010 deutlich weniger Mittel im Rahmen der Bundesbeteiligung vorzeitig abgerufen hat. Zudem lagen die Beitragseinnahmen im ersten Halbjahr 2011 mit 12,4 Milliarden Euro nur leicht über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+0,8%).

Trotz gesunkener Einnahmen wies die Bundesagentur für Arbeit aufgrund des kräftigen Ausgabenrückgangs im ersten Halbjahr 2011 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,2 Milliarden Euro auf, nach einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2010.

Soziale Pflegeversicherung

Wie bereits im vergleichbaren Vorjahreszeitraum glichen sich die Ausgaben und die Einnahmen der sozialen Pflegeversicherung im ersten Halbjahr 2011 nahezu aus. Sie beliefen sich jeweils auf rund 10,8 Milliarden Euro. Im Vorjahresvergleich stiegen die Einnahmen um 1,8%, die Ausgaben um 2,4%. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Brigitte Reimann (verantwortlich für den Inhalt)

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.